

UWL – Bündnis Rechte: Vorsicht Neonazis



Zur diesjährigen Kommunalwahl tritt in Stadt und Landkreis Lüneburg wieder die Unabhängige Wählerliste Landkreis Lüneburg (UWL) – Bündnis Rechte an. Schon ihr Name ist eine glatte Lüge. Diese Wählerliste ist alles andere als unabhängig. Hinter ihr verbirgt sich die neofaschistische NPD.

Die UWL wurde 1990 von der NPD für die Kommunalwahlen ins Leben gerufen und dient als Sammelbecken für die extreme Rechte in Lüneburg. Die UWL ist eine Tarnorganisation der NPD, mit der sie versucht, in der Öffentlichkeit nicht sofort als Nazi-Partei gebrandmarkt zu werden und um neue Mitglieder zu rekrutieren. So versuchen sie in einem scheinbar seriösen und bürgerfreundlichen Gewand ihre Ziele zu verbreiten.

In ihrem Programm geht sie in erster Linie allgemein auf kommunale Themen ein, wobei sie rassistische und neofaschistische Positionen vermeidet und sich als „rechtsdemokratische“ Gruppierung darzustellen versucht.

Von 1991 – 1994 saßen die beiden NPD-Mitglieder Peter Frommhagen und Malte Holzer für die UWL im Stadt- bzw. Kreistag. Nachfolger von Malte Holzer im Kreistag wurde 1994 der ehemalige CDU'ler Herbert Bartsch aus Scharnebeck, der jahrelang im Ortsrat seiner Heimatgemeinde tätig war. Malte Holzer ist seit über 20 Jahren in der NPD aktiv und betätigt sich als Landesgeschäftsführer der niedersächsischen NPD.

Zur Landratswahl 1998 führte die UWL unter Einbeziehung und massiver Unterstützung der norddeutschen Neonaziszene ihren regionalen Wahlkampf. Zur Kommunalwahl kandidierten – erfolglos – vor allem bekannte Neonazis aus der Region. Darunter Manfred Börm aus Handorf, ein verurteilter Rechtsterrorist und heute im Landes- und Bundesvorstand der NPD aktiv.

Zur diesjährigen Kommunalwahl treten verschiedene Personen für die UWL an, die aus verschiedensten Spektren der extremen Rechten stammen. Mitglieder der NPD, ehemalige Mitglieder der „Republikaner“ und militante Neonazis aus dem Kameradschaftsspektrum treten gemeinsam an und versprechen sich dadurch, ihre Wählerstimmen zu bündeln. In den letzten Monaten haben sich bundesweit neofaschistische Bündnisse gebildet, die die zersplitterte extreme Rechte vereinheitlichen soll. Vorbild für diese Nazi-Bündnisse ist das „Nationale Bündnis Dresden“, welches im Jahr 2004 erfolgreich in Dresden zur Kommunalwahl

antrat und als ein Wegbereiter des Erfolges der sächsischen NPD angesehen werden kann.

Keine Stimme den Nazis !

Eine Stimmenabgabe für Naziorganisationen wie die UWL oder NPD ist kein harmloser Protest oder Denkmittel. Offen bekennt sich NPD-Chef Udo Voigt dazu, dass Neo-Nationalsozialisten in seiner Partei eine Heimat finden und dass Hitler ein bedeutender Staatsmann gewesen sei.

Die NPD und UWL haben zwei Gesichter: Nach außen versuchen sie den deutschen Biedermann zu zeigen, seriös mit Schlips und Kragen, konservativ und rechtschaffen. Doch hinter der Maske verbergen sich oft gewalttätige Neonazis, die den Weg für ein neues Drittes Reich bereiten wollen. Dies sind Leute, die planmäßig versuchen, die NSDAP wieder aufzubauen. Wenn sie jemals die Gelegenheit dazu erhalten, werden sie die Verbrechen des historischen Nationalsozialismus wiederholen. Die Gewalt, die sie schon heute gegen Menschen mit anderer Hautfarbe oder Herkunft, Andersdenkende sowie Jüdinnen und Juden ausüben, zeigt deutlich, wozu diese Neonazis fähig sind.

NPD und Co. lösen keine sozialen Probleme! Erwerbslosigkeit ist kein Phänomen, das die hier lebenden Migrantinnen und Migranten verursacht. Sie ist das Ergebnis des bestehenden Wirtschaftssystems und einer neoliberalen Wirtschaftspolitik, in der die Unternehmensgewinne immer öfter vor dem Allgemeinwohl rangieren. Sozialabbau ist das Ergebnis politischen Handelns, das wir mit unserem Engagement und durch Wahlentscheidungen beeinflussen und verändern können.

Hinter ihrer scheinbar sozialen Agitation versteckt sich rassistische, nationalistische, antisemitische und autoritäre Propaganda, die sich offen am historischen Nationalsozialismus orientiert. Neofaschistische Parteien und Organisationen – wie die NPD – stehen außerhalb des demokratischen Grundkonsenses und gehören nicht auf den Stimmzettel, sondern auf den Müllhaufen der Geschichte.

Wir sind mehr als eine Stimme !

Die Neonazis verbreiten antisemitische Propaganda, agitieren rassistisch und beziehen sich positiv auf den Nationalsozialismus. Für uns ist Faschismus keine Meinung, sondern ein Verbrechen.

Es gilt, den Neonazis nicht nur bei Wahlen entschieden entgegenzutreten, sondern sich jedem rassistischen und nationalistischen Denken und Handeln zu widersetzen - egal wo und wie es sich zeigt.

Neonazis entgegenzutreten, ist unsere Entscheidung: Für eine gerechte Gesellschaft, in der alle Menschen gleiche Rechte haben - unabhängig von Hautfarbe, Herkunft, Religion oder sexueller Orientierung.



Antifaschistische Aktion Lüneburg / Uelzen

Postfach 12 17 - 29544 Bad Bevensen
aa.lg-ue@gmx.net - 0172 - 4152311